

**Sekretariat des Bundes für Menschheitsinteressen**  
 BERN, Erlachstrasse, 23  
 (Schweiz. Postscheckkonto Bern III 496.)  
 Jährlich etwa 4 (Nummern (deutsche & franz. Ausgabe) für Fr. 4 i/d Schweiz; Fr. 6 in den anderen Ländern.  
 Alle Buchhandlungen, Postanstalten, sowie das Sekretariat nehmen Bestellungen entgegen. Einzelnummern 10 cts. = 10 Pf.

# Die Menschheit

Organ des «Bundes für Menschheitsinteressen und Organisation menschlichen Fortschritts»

Der Jahresbeitrag zum Bund für Menschheitsinteressen bleibt der Selbsteinschätzung der Mitglieder überlassen. Schweizer-Postscheckkonto Bern III 496.  
 Die Vereinsstatuten und Probenummern aller seiner Organe werden auf Verlangen durch das Sekretariat: Bern, Erlachstr. 23 gratis zugesandt.

**Schweizer Komitee des Bundes:** Dr. August FOREL, alt Professor an der Universität Zürich; Regierungspräsident Dr. TSCHUMI, Bern; Nationalrat A. LOCHER, Bern; Regierungsrat Dr. MOSER, Bern; Nationalrat G. MÜLLER, Finanzdirektor der Stadt Bern; A. SESSLER, alt Gerichtspräsident, Bern; Prof. Dr. R. BRODA, Bern; Dr. A. DE QUERVAIN, Prof. a. d. Univ. Zürich; Dr. A. SUTER, eh. Präs. d. Gemeinderats, Lausanne; O. VOLKART, Präs. d. Ordens für Ethik u. Kultur; Dr. BUCHER, Präs. d. Schweizer Friedensgesellschaft; Director TOBLER, Bern; Dr. Julian REICHESBERG, Bern; F. RUEDI, a. Grossrat, Lausanne; Frau WALDHARDT-BERTSCH, Bern; Frau VUADENS-CALMUS, Vevey; Dr. F. UHLMANN, Basel; H. HODLER, Genf; WENGER, Kantonsrat, Zürich, u.a.m.  
**Präsident des Bundes:** Prof. Dr. R. BRODA, Herausgeber der «Dokumente des Fortschritts», Bern.

**Internationaler Ehrenausschuss:** Geheimrat Prof. Dr. W. FÖRSTER, Berlin; Ed. BERNSTEIN, Mitgl. des deutschen Reichstags, Berlin; Graf ARCO, 1. Vors. der Ortsgr. Berlin des Deutschen Monistenbundes; Stadtpfarrer UMFRIED, 2. Vors. d. Deutschen Friedensges., Stuttgart; Senatspräsident Dr. ELSNER, Wien; Dr. Karl GRUBBER, Prof. an d. Univ. Wien; Prälat Dr. GIESSWEIN, Mitgl. des ungar. Reichstags, Budapest; Dr. v. URSIN, eh. Vicepräsident d. finnischen Landtags; Jean LONGUET, Mitgl. d. französischen Parlaments; L. LE FOYER, eh. Deputierter, Paris; Ramsay MACDONALD, Mitgl. des engl. Parlaments; Sir Robert STOUR, eh. Ministerpräsident von Neuseeland; Lino FERRIANI eh. Generalprocurator, Como, u.a.m.  
**Alle Zuschriften für die Schriftleitung der „Menschheit“ wolle man an Herrn Fr. RUEDI, Mitglied des Komitees, Lausanne, 3, Jumelles, richten.**

Wir suchen zum Gewissen eines jeden Volkes in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Wer sich von unserer Unparteilichkeit überzeugen will, wolle die anderen Organe unseres Bundes einsehen.

## Annexionsloser Friede oder Ausgleichsfriede?

(Zum Friedensprogramm der russischen Revolution.)

Bern, am 29. Mai 1917.

Die radikalen Strömungen in der internationalen Arbeiterbewegung haben sich seit langem auf die Formel vom «annexionslosen Frieden» geeinigt und in der Tat hat sie grosse Vorzüge der *Einjuchtheit*. Man kann sie allseits annehmen, ohne über die dornigen geschichtlichen und ethnographischen Streitfragen debattieren zu müssen.

Auch der russische Arbeiter- und Soldatenrat und — auf sein Drängen — die russische Regierung selbst haben sich zu der gleichen Formel bekannt und sie nun weiter ausgebildet. Ein «Friede ohne Annexionen und Entschädigungen» bildet den direkten Widerpart zu den von der russischen Revolution und von jeder wahren sozialistischen Bewegung mit Recht bekämpften imperialistischen Gedanken und durch die Ablehnung auch jeder Entschädigung für die gebrachten Opfer wird das Bekenntnis, dass der Krieg eben ein ungeheurer Fehler gewesen sei, scharf herausgearbeitet, allen Versuchen, ihn doch noch vor dem Volksempfinden in milderm Lichte erscheinen zu lassen, ein Riegel vorgeschoben.

Die Formel hat in ihrer Einfachheit jedoch auch ihre Schattenseiten. Wir haben kürzlich von Seite der Redaktion unseres Blattes eine Rundfrage über dieselbe veranstaltet und werden die Antworten, sowie sie vollständig beisammen sind, in den «Menschheit» veröffentlichen. Schon heute sei jedoch aus der Antwort von Theodor Wolff, dem Chefredakteur des *Berliner Tageblatts*, ein von viel völkerpsychologischem Verständnis zeugender Satz herausgehoben: «Ein Frieden auf Grund des Status quo ante würde der Phantasie aller kriegführenden Völker am wenigsten bieten und überall den Stachel der Verbitterung zurücklassen. Darum bin ich für den *Verständigungsfrieden*.»

Wir fügen hinzu, dass dieser letztere sehr wohl jedem Staate eine gewisse Entschädigung für die gebrachten Opfer, sei es auch natürlich nur in bescheidenem Masse, bringen könnte. Denn die Friedensverträge der Vergangenheit, auf Gewalt und Schlachtenzufall aufgebaut, haben eben vielen Völkern Gebiete genommen, deren sie wirtschaftlich oder psychologisch *bedürfen*, sie anderen gegeben, die damit *nichts zu beginnen wissen* und diesen anderen wieder Werte versagt, die für *ihre* Lebensinteressen dienlich wären und von denen ihre *Besitzer* keinen richtigen Gebrauch machen können. Um nur ein Beispiel anzuführen, hat der Krieg von 1871 Frankreich die Gebiete am Oberrhein, deren Abgeordnete sich noch auf der Nationalversammlung zu Bordeaux mit Leidenschaft gegen jede Trennung vom Mutterlande erklärten, genommen und damit jedem Franzosen einen persönlichen Schmerz zugefügt, während Deutschland wieder durch die Angliederung einer widerstrebenden Bevölkerung mit steten inneren Verwicklungen belastet wurde.

Frankreich wieder hat in den darauffolgenden Jahrzehnten sein Kolonialreich, das ohnehin bereits für seine stagnierende Bevölkerung gross genug war, stets weiter vergrössern können, war jedoch unfähig, es mit französischen Kolonisten zu besiedeln, seine Bodenschätze entsprechend auszubenten, während Deutschland lange Zeit aus Mangel an entsprechenden Siedlungskolonien Millionen seiner Kinder dem Ausland (Amerika) abgeben musste.

Freilich stösst sich ein entsprechender *Austausch* von elsässischen Bezirken gegen unvergleichlich *grössere* Ueberseegebiete (Marokko und Madagascar) an der Tatsache der inzwischen erfolgten *altdutschen Immigration* und am *nationalen Selbstgefühl* des deutschen Volkes, das nun einmal an den Besitz des heissumstrittenen Landes geknüpft ist. Aber — wie wir in unseren Ausgleichsfriedensvorschlägen vom 10. März 1916 ausgeführt haben — liesse sich durch getrennte Volksabstimmung im Ober- und Unterelsass, im deutschen und französischen Sprachgebiet von Lothringen, die Rückgabe auf jene Gebiete beschränken, deren Mehrheit wirklich wieder die Staatszugehörigkeit zu wechseln wünscht und durch Ersetzung des Eroberungstitels der Abtretung durch Volksentscheid und *Austausch* liesse sich derselben auch der Stachel der Demütigung teilweise nehmen.

Ähnliches gilt von manchen Grenzgebieten Oesterreichs, die von der Irredenta durchseucht sind und deren Abtretung dem Reiche den Frieden mit seinen Nachbarn bringen könnte, *ohne seine Lebensinteressen irgendwie zu verletzen*, während wieder in anderen Beziehungen wertvolle Kompensationen an Oesterreich gegeben werden könnten.

Aufgabe unserer Beratungen vom 17. und 18. Juni, von denen in unserer nächsten Nummer gesprochen werden soll, wird es sein, den Aufbau eines Ausgleichsfriedensprogramms anzubahnen, welches derart jedem Volke *mehr* gibt, als es ihm zu nehmen genötigt ist. Ein solcher Ausgleichsfriede bedarf gewiss zu seiner Lebenswerdung eines grösseren Ausmasses von geistiger Arbeit, als die blosse Formel «annexionsloser Friede», er hat auch grössere Debatteschwierigkeiten zu überwinden, aber er würde eben für die wirkliche Ruhe und Zufriedenheit der kommenden Jahrzehnte unendlich bessere Grundlagen gewähren als das starre Festhalten am Status quo ante, durch das alle Dummheiten der Vergangenheit verewigt würden.

\*\*\*

Ein letztes Argument. Was soll eigentlich unter «Annexionen» verstanden werden?

Jede Annexion, jede Gebietsabtretung, auch wenn die Bevölkerung damit einverstanden ist, also die reine Rückkehr zum *status quo ante*? Die russische Regierung meint das offenbar selbst nicht, denn sonst hätte sie in ihrer Erklärung nicht den Satz folgen lassen dürfen: «Auf Grund des *Selbstbestimmungsrechts der Völker*». Die französische Regierung hat vollends diese Auslegung des An-

nexionsbegriffes, die auch die Zugehörigkeit des Elsass zum deutschen Reiche als unantastbar hinnehmen würde, zurückgewiesen.

Wenn jedoch bloss Annexionen *gegen* den Willen der Bevölkerungen abgelehnt werden, so wird damit über das Schicksal jener Gebiete, deren Bevölkerung zu einem andern Lande gehören *will*, oder deren Wünsche *verschieden gedeutet* werden, *gar nichts ausgesagt*. Damit blieben aber alle wirklich dornigen Fragen des künftigen Friedens überhaupt *unbeantwortet*. Ueber das künftige Schicksal des Elsass, des Trentino, Bosniens, Armeniens, Aegyptens, Polens, wäre dann gar nichts gesagt und die dornige Arbeit, ein Einvernehmen über das Schicksal dieser Gebiete zu finden, wäre erst *noch zu erledigen*.

Die Formel des annexionslosen Friedens würde also diese Lösung in keiner Weise angebahnt haben.

Klarer ist schon die Wilson'sche Formel vom *Selbstbestimmungsrecht der Völker*, denn es wäre immerhin möglich, im Elsass, im Trentino, in Bosnien, Polen, event. auch in Armenien und Aegypten eine Volksabstimmung über das eventuelle Schicksal dieser Länder entscheiden zu lassen. Wäre dies aber auch in *Böhmen* und in *Triest* möglich, ohne *Lebensinteressen* Oesterreichs zu verletzen? Wäre es in Mazedonien möglich, wo die serbischen, griechischen und bulgarischen Dörfer in Gemengelage nebeneinander liegen und jeder Majoritätsentscheid des Landes eine grosse Minderheit der Vergewaltigung ausliefert oder aber, wenn man in kleinen Bezirken abstimmen liesse, eine wirtschaftlich und verkehrsgeographisch ganz unmögliche Durcheinanderschiebung verschiedenen Landesgrenzen mit sich bringen müsste? Auch diese in ihrer Einfachheit so anziehende Formel ist auf die komplexen, geschichtlich gewordenen Verhältnisse nicht einseitig anwendbar. Nur ein *Verständigungsfriede* welcher dem Volkswillen der einzelnen Gebiete in soweit Rechnung trägt, *als dem nicht wirtschaftliche und politische Lebensinteressen grösserer Staatsgebilde unerbittlich entgegenstehen* und welcher im übrigen *internationale Rechtsgarantien* für gute Behandlung der nationalen Minderheiten schafft, kann wirklich allen zu berücksichtigenden Faktoren gerecht werden.

Und ebenso ist die Formel vom «entschädigungslosen» Frieden wohl *verlockend*, weil sie die Sisyphusarbeit einer Aufsuchung der Verantwortlichkeiten am Kriegsausbruch umgeht, aber *unzureichend*. Denn zum Wiederaufbau der vom Krieg verwüsteten Gebiete, Nordfrankreichs, Belgiens und Polens bedarf es eben einer grossen Hilfsaktion, die zu mindest für die beiden *erstgenannten* Gebiete, die als *Ganzes* vom Krieg gelitten haben, *von aussen* kommen muss. Man wird sich eben die Mühe nehmen müssen, einen *Schlüssel für die Verteilung der Lasten* auf diejenigen Staaten, deren Gebiet vom Kriege *weniger* gelitten haben, zu finden. Auch hier können wieder Kompensationsobjekte für territoriale, besonders *koloniale* Erwerbungen, deren gerade die vom Kriege weniger

schwer getroffenen Länder (spez. Deutschland) bedürfen, gefunden werden. Erst wenn ein solcher Ausgleichsvorschlag allen Staaten zeigt, dass sie auf gerechte Berücksichtigung ihrer Lebensinteressen im neuen Frieden rechnen dürfen, ohne der Utopie des Waffensieges weiter nachzugehen und weitere Opfer für dieselbe bringen zu müssen, werden sie sich zum Friedensschluss bereithalten lassen.

Die Rückkehr zum status quo ante, der « annexionslose » Friede wäre indes als *Grundlage* der Friedensverhandlungen insoweit zu empfehlen, dass alle *Veränderungen dem freien Austausch von Zugeständnissen* seitens der beteiligten Mächte zu überlassen wären. Der Friedenskongress würde so willkommene Gelegenheit zu einer Fortbildung der Landkarte in Anpassung an die Volkswünsche bieten, doch dürfte bei Scheitern dieses oder jenes Versuches für Austausch von Zugeständnissen die ultima ratio nicht im Wiederausbruch des Krieges, sondern eben nur in der Rückkehr zum status quo ante gesucht werden.

### Der Schweizer Standpunkt zur Weltkrise<sup>1</sup>

Antwort von Herrn Ständerat  
Heinrich SCHERRER, St. Gallen.

Die Schweiz muss nach unserer Auffassung bei der Fortentwicklung des Völkerrechtes und einer den Frieden verbürgenden Staatengemeinschaft energisch mitwirken. Sie hat durch ihre Geschichte, die Verbindung der Länder und Städte zum Staatenbunde und zum Bundesstaate der Eidgenossenschaft ein Vorbild im Kleinen gegeben. Der wirtschaftliche und politische Abschluss einzelner Staatengruppen steht im Widerspruch mit der aufsteigenden Entwicklung der Weltwirtschaft; diese ist das sichtbare Ziel, dem wir entgegenreifen. Die äussere Form des Wirtschaftslebens aber ist das Recht, eine festere friedliche Ordnung der zwischenstaatlichen Verhältnisse, die notwendige Konsequenz moderner Kultur, während der Abschluss einzelner Staatengruppen als reaktionär und kulturwidrig erscheint und diesen Gruppen selbst in ihrer natürlichen Lebensgestaltung am meisten schaden müsste.

Der gegenwärtige Krieg selbst ist eine Folge der weltwirtschaftlichen Verhältnisse; er bedeutet das Bestreben einzelner Staaten, sich in der Weltgemeinschaft der Völker eine Vorzugsstellung zu erobern und ist darum eine Folge gegebener historischer Faktoren. Aufgabe des Völkerrechtes aber wird es sein, allen Staatsindividuen, ob gross oder klein, mächtig oder schwach, dasselbe gleiche Recht im Weltverkehr zu schaffen, das die Bürger in einem modernen freien Staate besitzen. Ein Krieg, der zu keinem ausgesprochenen Siege führt, wird diese Entwicklung begünstigen.

Der Zusammenhang der Frage mit der demokratischen Organisation der Staaten selbst in ihrem inneren Aufbau habe ich schon angedeutet. In der Entwicklung des Wahlrechtes und der Volksrechte überhaupt, in der Gleichstellung der verschiedenen Nationalitäten, Bekenntnisse und Sprachgemeinschaften liegt eine der ersten Garantien des inneren Friedens. Sie hängt zusammen mit der allgemeinen Volksbildung und diese ist eine notwendige Forderung des Industrialismus.

Demokratisch ausgebaute Kulturstaaten werden sich völkerrechtlich leichter zu einer friedlich geordneten Staatengemeinschaft verbinden, weil jene übertriebene Auffassung von der absoluten Souveränität des Staates, die das Völkerrecht bisher gepflegt hat, ihnen fehlt. Zu beachten bleibt, dass die wirtschaftlichen Organisationen des Kapitals, aber auch der Arbeit, in einer solchen demokratischen weltwirtschaftlichen Staatengemeinschaft mächtig aufschwellen werden. Die Staaten selbst

<sup>1</sup>) Siehe unsere Rundfrage in der Nummer vom 9. Mai und die Artikel von Nationalrat Schenkel und Kantonsrat Wenger in unserer Nummer vom 16. Mai sowie die Antworten in unserer heutigen französischen Nummer.  
Anm. d. Red.

müssen darum schrittweise die Träger grosser wirtschaftlicher Aufgaben werden, um stark zu bleiben, mitreden und ordnend und leitend eingreifen zu können, denn man darf nie vergessen: Der Staat ist nur der stärkste Verein, d. h. der stärkste Verein setzt sich stets an die Stelle des Staates.

Drei grosse Aufgaben sind darum zu pflegen und ihnen hat auch die Schweiz alle Aufmerksamkeit zuzuwenden: die Fortentwicklung des Rechtsstaates zum Wirtschaftsstaate, der Ausbau der Demokratie und die Staatengemeinschaft der Völker. In ihnen liegt die Zukunft und der Weltfriede beschlossen. Was wir in der Schweiz wohl zunächst zu tun haben, das ist der Höherbau der Arbeiterversicherung, denn ökonomische Unselbständigkeit gräbt der besten formalen Demokratie das Grab.

### Die neutrale Auffassung von den Ereignissen des Weltkrieges

Antwort von Herrn Alfred SCHORER,  
Präsident des bernischen Verwaltungsgerichtes.

Die Auffassung der Neutralen unterscheidet sich grundsätzlich dadurch von derjenigen der Kriegführenden, dass sie sich von dem Optimismus der letzteren frei hält. Aus beiden Kriegslagern hört der Neutrale immer und immer wieder die Zusicherungen der Regierungen an ihre Völker, dass der endgültige Sieg ihrer Partei zufallen werde. Mit noch grösserer Sicherheit sagt er sich aber, dass jedenfalls nicht *beide* Parteien Sieger sein können und daher die eine oder andere Zusicherung zweifellos falsch sein muss. Dazu kommt ferner die weitere Erkenntnis, dass nicht jeder Krieg notwendigerweise mit einem *Siege* der einen Partei enden muss. Die Physik, die Kämpfe der Tierwelt, die Kriegsgeschichte, die politischen Kämpfe und die gerichtlichen Prozesse beweisen Tag für Tag, dass ein wirklicher Sieg nur dann eintritt, wenn ein hinreichendes Mass von Uebergewicht an Kraft auf der einen Seite vorhanden ist. Ist dies nicht der Fall, so halten sich die Kräfte ohne wesentliche Veränderung der bisherigen Situation das Gleichgewicht. Dieser physikalischen Tatsache gegenüber ist der stärkste Optimismus machtlos. Als dritte Möglichkeit des Ausgangs erachtet der Neutrale daher auch den Fall, dass *keine* Partei einen wirklichen Sieg erreichen wird. Gewiss mag die eine im Kampfe mehr gelitten haben als die andere, aber beide Parteien sind dann derart erschöpft und geschädigt, dass das Kriegsergebnis in keinem Verhältnis steht zu den aufgewendeten Opfern. Der Typus des Pyrrhussieges ist seit den Zeiten der Römer nicht aus der Kriegsgeschichte verschwunden.

Der Würdigung dieser verschiedenen Möglichkeiten setzen die Kriegführenden mit Hilfe der Zensur und der Massensuggestion ihrer Presse einen einseitigen Optimismus entgegen. Wer nicht an den endlichen Sieg glaubt, ist entweder ein Feigling oder ein Verräter. Der Optimismus ist nämlich der unentbehrliche Sauerstoff für die Widerstandskraft. Objektiv ist er aber deshalb nicht besser. « Hoffen und Harren macht Manchen zum Narren » ist ein altbewährtes Sprichwort und seine Anwendung auf den gegenwärtigen Krieg keineswegs ausgeschlossen. Nachdem eiperseits der Vorstoss nach Paris und Calais an der Marne und der Yser gescheitert war und andererseits sowohl die russische Dampfwalze als das Dardanellenunternehmen versagt hatten, trat die dritte Möglichkeit des Kriegsausganges für den neutralen Beobachter entschieden in den Vordergrund. Ausser diesen fundamentalen Enttäuschungen zu Anfang des Krieges, weist derselbe hüben und drüben noch eine ganze Reihe weiterer Enttäuschungen auf. Welche Hoffnungen wurden nicht einerseits auf das Bombardement der Hauptstädte durch die Luftschiffe, auf den heiligen Krieg und die Fahne des Propheten, auf Revolutionen in Irland, Afrika und Indien, andererseits auf die

Handelsblockade, den Eintritt Italiens und Rumäniens in den Krieg und auf die verschiedenen Frühjahrsoffensiven gesetzt! Eine lange Kette enttäuschter Hoffnungen, von denen jede Partei nur diejenigen des Gegners hervorhebt. Das dritte Kriegsjahr bringt als neue Hoffungssterne den unbeschränkten Tauchbootkrieg, die russische Revolution und die amerikanische Kriegserklärung. Gewiss kann der eine oder andere Faktor eine Entscheidung herbeiführen, aber ebensogut ist es auch möglich, dass die beiderseits gestählte Widerstandskraft der Völker auch diese Belastungsproben übersteht. Was dann? Wird nicht eine fürchterliche Reaktion der immer wieder um neue Opfer betrogenen Völker die unvermeidliche Folge des künstlich gezüchteten Optimismus sein?

Jedenfalls haben die bisherigen Kriegereignisse sowohl bei den Neutralen wie bei den Kriegführenden zur Ueberzeugung geführt, dass der Krieg nicht nur die *ultima* sondern auch die *pessimista* ratio der Politik ist. Jahrelang vorbereitete Pläne, Berechnungen und Methoden werden durch unvorhergesehene Ereignisse über den Haufen geworfen und erfordern Millionen Soldaten als Lehrgeld für die Aufstellung neuer. Trotz allen Erregenschaften der Kultur und des Kriegsrechtes führt der Krieg mit zunehmender Heftigkeit die Völker wieder zurück in die Barbarei der ersten Jahrhunderte. Im besten Falle ist auch ein siegreicher Krieg höchstens die Quelle neuer Kriege der Nachkommen. Der einzelne Mensch kann durch die Tötung für immer unschädlich gemacht werden. Ganze Völker aber sind nicht auszurotten. Die Blutrache wird früher oder später immer wieder neue Opfer erfordern.

Nein, die *besten Waffen*, welche die Schöpfung dem Menschen zum Schutze gegen den Mitmenschen gegeben hat, sind nicht die Mordwerkzeuge menschlicher Erfindung, sondern *der Verstand zur Verständigung, die Verträglichkeit zum Vertrag und die Treue am gegebenen Wort*.

Diese Erkenntnis leuchtet allmählich auf über den Schlachtfeldern Europas. Ihre unabwiesbare Folge ist die *europäische Tagsatzung*, ein Völkerbund zur Aufstellung einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung. Diese Notwendigkeit ist nicht nur von Philosophen und Dichtern, sondern nunmehr auch von Staatsmännern hüben und drüben erkannt und ausgesprochen worden. Allein diese Erkenntnis ist noch nicht Gemeingut der Völker geworden. Der ungeheure Fortschritt einer wirklich objektiven, auf ethischen Grundlagen aufgebauten Rechtsordnung gegenüber allen andern Kriegszielen wird nur noch von Wenigen im vollen Umfange gewürdigt. Und wo er gewürdigt wird, wird am guten Willen des Gegners gezweifelt. Die Demokratisierung allein genügt nicht. Die ganze bisherige Mentalität muss ausgerottet werden, wenn erfolgreiche Arbeit gedeihen soll.

Den *Verstand zur Verständigung* hat Europa trotz allen Erfindungen und einer ausgesprochenen Verstandeschulung bisher nicht besessen. Ausser den Pazifisten und den Sozialisten hat sich bisher niemand ernstlich bemüht, die Völker einander näher zu bringen. Die Verständigung verlangt eben gelegentlich ein ziemlich weitgehendes Nachgeben, einen Verzicht auf nicht gern entbehrt Vorteile und mit Stolz gehegte Pläne. Wohl sagte schon bisher ein altes Sprichwort: « Der Gescheitere gibt nach », aber das Nachgeben wird heute nicht als Heldentat gewertet. « Toujours prendre, jamais rendre et encore prétendre » imponiert bedeutend besser. Rücksichtslose Ausnützung aller Macht und aller Rechte und ein Nachgeben nur gegenüber dem Zwang der Gewalt, sind die Tugenden, welche dem Einzelnen wie den Völkern bisher gepredigt wurden. Es ist immerhin nicht ganz von ungefähr, dass die Schweiz auch einen Niklaus von der Flüe und einen Niklaus Wengi zu ihren Helden rechnet.

Schluss der Antwort in unserer nächsten Nummer.

Verantw. Verl. u. Buchdrucker Fr. Ruedi, Lausanne.